

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Verlag Geint. Jahrenbrach, Düsseldorf, Florstra. 7, Tel. 147 42. Druck u. Versand Joh. van Aken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 28

Düsseldorf, den 14. Juli 1928

Versandort Krefeld

An die christlich-organisierte Textilarbeiterjugend

+

Einladung

zu dem am 8. und 9. September in Düsseldorf stattfindenden

Verbandsjugendtag.

Samstag, den 8. September, nachmittags 3 Uhr
Jugendführerkonferenz.

Tagesordnung:

1. „Unsere Jugendbewegung, ihr Wollen und Wirken.“
2. „Berufsausbildung und Jugendschutz.“
Abends 8 Uhr Begrüßungsabend.

Sonntag, den 9. September, vormittags Festgottesdienst. Aufschluß end

große Kundgebung.

Tagesordnung:

„Bedeutung und Wege der beruflichen Erziehung der Textilarbeiterjugend.“
Nachmittags: Befähigung der Stadt.

Die näheren Einzelheiten zum Programm werden noch bekanntgegeben. Zur Erleichterung der Teilnahme gibt die Verbandsleitung Sparkarten und Sparmarken heraus. Sie sind unentgeltlich von der Hauptgeschäftsstelle zu beziehen.

Zentralvorstand
und Verbandsjugendleitung.

Zum Verbandsjugendtag.

Zentralvorstand und Verbandsjugendleitung haben die Veranstaltung eines Verbandsjugendtages beschlossen. Unsere Jugend wird das freudig begrüßen, haben wir doch seit der Jubiläumstagung in Aachen ein solches Treffen nicht mehr gehabt. Die diesjährige Zusammenkunft findet am 8. und 9. September in Düsseldorf statt. Düsseldorf hat zwar nur wenig Textilindustrie aufzuweisen. Wenn wir trotzdem diese Stadt als Tagungsort gewählt haben, so hat das seine Gründe. Düsseldorf liegt in zentraler Lage und hat gute Verkehrsverbindungen. Es bietet als schönste Stadt am Rhein auch außerordentlich viel Sehenswertes und lädt darum eine große Anziehungskraft aus. Düsseldorf ist auch der Sitz unserer Verbandszentrale. Wir sind darum davon überzeugt, daß die von der Verbandsleitung getroffene Wahl durchaus dem Wunsche unserer Verbandsjugend entspricht.

Was will der Verbandsjugendtag?

Er will zunächst ein Treffen unserer Verbandsjugend sein. Wir wollen uns kennen lernen. Darum hoffen wir, in Düsseldorf Textilarbeiterjugend aus allen Teilen unseres Vaterlandes begrüßen zu können. In der Gemeinschaft mit Gleichgesinnten soll der Gedanke der Zusammengehörigkeit und ein starkes einheitliches Wollen in uns lebendig werden. Das Zusammensein soll uns neuen Kampfermut und neue Begeisterung für die Durchführung der gesteckten Ziele vermitteln, zugleich aber auch nach außen hin unser Wollen kund tun.

Der Verbandsjugendtag soll uns aber auch Winke geben und Anregungen vermitteln für unsere Jugendarbeit. Er soll diese befruchten und vertiefen. Das wird vor allem Aufgabe der Jugendführertagung sein. Wir werden uns da unterhalten müssen über den organisatorischen Aufbau unserer Jugendbewegung sowie über unsere grundsätzlichen und praktischen Bestrebungen und Ziele. Unsere in der Jugendbewegung tätigen Menschen werden diese Aussprache sehr begrüßen. Sie wird zweifellos dazu beitragen, die Einheitlichkeit unseres Schaffens zu fördern.

Im übrigen aber wird der Verbandsjugendtag im Zeichen der Berufsberatung stehen. Schon die Begrüßungstagung am Samstag wird sich u. a. mit den Fragen der Berufsausbildung

und des Jugendschutzes zu befassen haben. Auch am Sonntag wollen wir in einer imposanten Kundgebung der Öffentlichkeit sagen, wie wir zu unserem Berufe stehen und was wir von diesem erwarten. Wir wollen die Bedeutung der beruflichen Erziehung herausstellen und zeigen, was wir selbst zu tun haben, um berufstätige Menschen zu werden, und was wir in der Beziehung von Berufsschule, Industrie und Gesetzgebung erwarten. Zugleich aber wollen wir unsere Stimme für eine höhere Wertung des Menschen im Produktionsprozeß, insbesondere auch für ausreichende Freizeit für unsere Jugend.

Daneben wird unsere Jugend reichlich Gelegenheit finden, all das Schöne und Sehenswerte zu genießen, was Düsseldorf zu bieten hat. Düsseldorf heißt nicht vergebens die Gartenstadt am Rhein. Wir sind überzeugt, unseren jungen Kolleginnen und Kollegen wird die Fahrt nach Düsseldorf unvergesslich bleiben.

Wie rüsten wir zur Fahrt?

Zunächst müssen wir werben für die Teilnahme am Verbandsjugendtag. Das ist vor allem Aufgabe der Jugendgruppen. Deren Mitglieder sollen möglichst reiflos an der Fahrt teilnehmen. Es ist Ehrenpflicht der Jugendführer und -führerinnen und der Jugendgruppenvorstände, für eine gute Beteiligung Sorge zu tragen.

Der Appell zur Fahrt nach Düsseldorf richtet sich aber nicht nur an die Mitglieder der Jugendgruppen, sondern an alle jugendlichen Mitglieder des Verbandes. Diese müssen darum auch dort, wo Jugendgruppen nicht bestehen, mobil gemacht werden. Das ist Aufgabe der Ortsgruppenvorstände. Am besten beauftragt man einen tüchtigen, zuverlässigen Kollegen und eine ebensolche Kollegin mit der Sammlung und am Verbandsjugendtag selbst mit der Führung jener jugendlichen Mitglieder, die gewillt sind, an der Fahrt teilzunehmen.

Neben der Werbearbeit gilt es, Sparsamkeit zu schaffen. Zu dem Zweck gibt der Verband Sparkarten und Sparmarken heraus. Von diesen wird bereits vielerorts reger Gebrauch gemacht. Bieten wir den jugendlichen Mitgliedern Gelegenheit, wöchentlich etwas zurückzulegen, dann werden sie die zur Fahrt erforderlichen Mittel weit leichter aufzubringen vermögen. Uebrigens wird die Verbandsjugendleitung bestrebt sein, den Aufenthalt in Düsseldorf für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen so billig als möglich zu gestalten.

Christlich organisierte Textilarbeiterjugend! Küste nun allerorts zur Fahrt nach Düsseldorf. Der Verbandsjugendtag ist dein Tag. Sorge du durch deine Teilnahme, daß unser Jugendtreffen Zeugnis gebe von dem lebendigen Leben und Streben in dir. Sorge dafür, daß er eine machtvolle Kundgebung werde für unsere berechtigten Jugendforderungen.

Textilaußenhandel und Textilkonjunktur

In dem Auf und Ab der Konjunkturen von Zeit zu Zeit einen Haltepunkt zu suchen und sich darüber klar zu werden, wo wir stehen und wohin der Weg nach menschlichem Ermessen führen wird, ist eine heute nicht mehr unstrittene Aufgabe, nachdem die Konjunkturforschung seit einigen Jahren eindringlich das Verständnis für die Beobachtung der wirtschaftlichen Vorgänge geweckt hat. Es kommt allerdings wesentlich darauf an, wie man an solche Aufgaben herantritt, ob man sich zufrieden gibt mit Einzelinformationen, deren Inhalt stets zufälliger Natur sein kann, oder ob man neben der von Organisationen, Verbänden, Kammern usw. in gewissen Zeitabständen gebotenen allgemeinen Berichterstattung auch Konjunktursymptome mit heranzieht, in denen sich die Entwicklung im hohen Grade abzeichnet.

Die deutsche Textilindustrie gehört zu jenen Gewerbebranchen, die mit allen Fasern ihres Seins mit der Weltwirtschaft verknüpft sind: Die Rohstoffbeschaffungsmärkte der alten großen Spinnstoffindustrien liegen in Uebersee; die Kunstseide fällt trotz ihres einzigartigen Aufschwungs daneben vorerst kaum ins Gewicht. Die Fertigfabrikate (nach dem Prüffler Schema einschließlich der Garne) suchen wieder zu 20 bis 25 Prozent der Gesamtproduktion (in einzelnen Branchen bis zu drei Vierteln) ihren Weg hinaus in die Welt. Es ist ein dauerndes Geben und Nehmen unserer von Rohstoffen wenig gesegneten und deshalb auf Veredelung zwangsläufig hingewiesenen Volkswirtschaft. Je intensiver sich dieser wechselseitige Austausch vollzieht, um so eindringlicher ist die Konjunktur des Gewerbes oder präziser: Die Ziffern von Rohstoff- und Halbfabrikat-Einfuhr auf der einen, von Fertigfabrikat-Ausfuhr auf der anderen Seite beleuchten den Grad wirtschaftlicher Aktivität, der in der Textilindustrie herrscht. Variationen können dadurch entstehen, daß infolge stark ausschlagender inländischer Nachfrage der Export — mit seinen immer vorhandenen größeren Risiken — an Intensität einbüßt oder umgekehrt eine Ausfuhrförderung Platz greift, wenn der Binnenmarkt an Aufnahmevermögen einbüßt. Die Entwicklung ist um so gefundener, je mehr sich der wechselseitige Güteraustausch ohne Stockungen vollzieht, das heißt, wenn einerseits der Rohstoffbedarf ausreichend und möglichst ohne spekulative Einwirkungen befriedigt wird, und andererseits die Fertigwarenausfuhr ständig und unbeeinträchtigt durch Binnenmarktausweitung sich auf hohem Niveau bewegt. Das ist nicht allein eine handels- und politikpolitische Frage — sie hat nach dem Kriege leider eine unglücklich große Bedeutung erlangt —, und das ist nicht allein eine Frage der Zahlungsbilanz, die den Privatwirtschaftler in seinen Geschäften allerdings meist wenig interessiert, es ist vor allem eine ernste Angelegenheit jedes exporttreibenden Unternehmens, das Dauerverbindungen über Gelegenheitsgeschäfte stellt.

So kann man denn wohl mit gutem Recht von den Ziffern des internationalen Warenverkehrs ausgehen, wenn man in die Textilkonjunktur hineinzusehen und die Auffassung der Industrie selbst von der künftigen Entwicklung zu ergründen sucht. Man spricht bekanntlich in den letzten Wochen sehr viel von dem Nachlassen der Aktivität der Textilindustrie. Ohne in solchen Äußerungen, die sich in jüngster Zeit häufen, immer den Ausdruck eines Zweckpessimismus sehen zu wollen, müssen wir uns doch auf Grund der letzten Außenhandelsziffern zu der Auffassung bekennen, daß vorläufig kein Grund zu Besorgnissen vorhanden ist. Bei einem solchen Urteil handelt es sich selbstverständlich nicht um einzelne Branchen, deren einige weiß Gott nicht auf Rosen gebettet sind, sondern immer nur um die gesamte textilindustrielle Betätigung.

Doch lassen wir zunächst die Ziffern sprechen. Die Einfuhr von Textilrohstoffen und -halbfabrikaten und die Ausfuhr von Fertigfabrikaten betrug:

Zeit	Rohstoff-u. Halbfabrikat-Einfuhr Mill.-M.	100 D.	Fertigwarenausfuhr Mill. M.	100 D.
Jan.-März 1927	545,3	3208,7	336,1	313,1
April	183,9	1098,7	126,5	114,2
Mai	103,3	979,8	11,0	102,5
Juni	105,5	1046,0	128,3	122,2
Juli	159,5	875,9	102,4	113,8
August	143,9	803,3	125,7	122,4
September	114,9	645,6	143,5	133,9
Oktober	109,5	656,0	143,2	124,5
November	142,7	720,0	150,2	135,0
Dezember	184,2	988,7	125,2	115,2
1928	163,0	1062,8	123,3	118,0
Januar	175,1	926,9	124,4	112,7
Februar	214,7	1002,4	138,0	115,9
März	79,5	843,2	153,8	125,4

Uebersieht man diese Ziffern, so drängt sich unwillkürlich die Frage auf: Wie ist es zu erklären, daß sich die Einfuhr der letzten Monate an Textilrohstoffen und -halbfabrikaten gar nicht so recht in den Rahmen einer anhebenden Depressionsperiode hineinfügen will? Es müssen doch gewichtige Gründe vorhanden sein, die bei den Importeuren und Spinnereien ein starkes Eindeckungsbedürfnis nachhalten. Die Rohstoffeinfuhr bewegt sich seit November v. J. nicht allein dem Werte nach — diese Ziffern liegen für das erste Quartal 1928 höher als im Vorjahr —, nein, auch mengenmäßig auf einem hohen Niveau und steht insofern nur unerheblich hinter den Vorjahreseindeckungen zurück. Es handelt sich dabei etwa um eine 10prozentige Einbuße, wobei jedoch noch besonders zu berücksichtigen ist, daß in den ersten Monaten des Jahres 1927 vor allem in der Baumwollbranche — wegen der überaus niedrigen Märkte — eine geradezu fürmische Kaufkraft herrschte, die eine Vorratskäufung auf weiteste Stufen mit sich brachte, während die Rohstoffmarktfrage in diesem Jahre über Bedarfskäufe hinaus kaum zu nennenswerten spekulativen Voreindeckungen einläßt. Wenn trotzdem die Rohstoffeinfuhr gegenüber dem Vorjahre nur wenig zurückfällt, so müssen die Konjunkturverhältnisse von den Importeuren und Einfuhrindustrien (Spinnereien) doch wesentlich günstiger beurteilt werden, als es vielfach den Anschein hat. Denn eine Rohstoffeinfuhr ins Blaue hinein wird man unseren Textilkaufleuten beim besten Willen nicht zutrauen dürfen.

Selbstverständlich ragen die Einfuhrziffern der Winter- und Frühjahrsmonate immer über diejenigen der Sommer- und ersten Herbstmonate hinaus, weil die Rohstoffbeschaffung sehr stark Saisonalcharakter trägt. Ein Vergleich der Haupteinfuhrmonate mit der übrigen Zeit des Jahres hätte deshalb wenig Beweiskraft, aber eine Gegenüberstellung der Ziffern der ersten Quartale von 1927 und 1928 deutet doch darauf hin, daß innerhalb der Textilkonjunktur noch starke Kräfte lebendig sind, die sich einem Abgleiten entgegenstellen bezw. nicht wesentlich mit ihm rechnen.

Und wie steht es mit dem Export von Fertigfabrikaten? Vielleicht könnten die Ziffern der Ausfuhr gerade den Beweis dafür liefern, daß die Aktivität der Textilwirtschaft, wenn auch eine andere Richtung genommen, so doch nur unwesentlich eingebüßt hat. Liegen Anzeichen dafür vor? Auch hier wird man behutsam antworten müssen. Die Wertziffern liegen seit August vorigen Jahres — abgesehen von den Monaten November bis Januar, die jedes Jahr einen mehr oder weniger starken Rückgang aufweisen — auf beträchtlicher Höhe, mengenmäßig dagegen sind es nur die Monate August und Oktober, vielleicht noch September und März, die sich durch einen stärkeren Export auszeichnen. Der Zufall spielt dabei natürlich auch eine große Rolle (Zusammenziehung der jeweils ausgeführten Erzeugnisse), weshalb man sich auch hüten muß, Monatsergebnisse allein zu bewerten. Nur die Gesamtrendenz ist ausschlaggebend. Und da kann man doch immerhin folgendes feststellen: Wenn sich auch das Bild eines ständig wachsenden Aus-

Amens noch nicht recht einstellen will, so sind doch die wichtigsten Mannsziffern des Vorjahres erfreulichweise bei allem überschritten worden. Insofern ist es durchaus berechtigt, von Fortschritten zu sprechen und die Wiedereinführung unserer Textilien auf dem Weltmarkte nach langen Jahren der Absperzung mit Genugtuung zu begrüßen. Man sollte sich jedoch hüten, die augenblickliche Ausfuhr tendenz zu überschätzen, wie es so leicht geschieht, wenn man sich nur an die Wertziffern hält. Es bedarf vielmehr unablässig der stärksten Bemühungen der Exportindustrie, um trotz der weltwirtschaftlichen Senkungen mit der Zeit ein Ausfuhrvolumen zu erzielen, das auch schwache Inlandkonjunkturen auszugleichen imstande ist.

So ergibt sich denn abschließend, daß die Rohstoff- und Halbfabrikateinfuhr noch auf eine rege wirtschaftliche Aktivität in der deutschen Textilindustrie hindeutet. Diese Aktivität ist jedoch offenbar aus dem Umfang der Fertigwarenausfuhr, des Auslandsauftrages an Veredelungszeugnissen nicht allein zu erklären. Es müssen auch auf dem Binnenmarkte trotz manchen Schwächeerscheinungen noch stärkere Antriebe, zum mindesten aber die Rohstoffe importierenden Wirtschaftskreise noch von zureichenden Stimmungen in der Beurteilung der künftigen Gestaltung der Textilkonjunktur getragen sein, wenn man nicht gänzlich auf Spekulationswirtschaft schließen will. Dazu ist aber kein hinreichender Grund vorhanden. Der Wunsch, daß die gegängelten Hoffnungen nicht zuschanden werden, mag unsere Ausführungen befruchten.

Dr. N. (Düsseldorfer Nachrichten.)

bertriebener Pessimismus

Zu den Industrien, über deren Geschäftslage in einem Teil der deutschen Presse übertriebene pessimistische Auslassungen erfolgen, gehört die Textilindustrie. Zweifellos ist richtig, daß im Verhältnis zum Vorjahre die Absatzlage in der Textilindustrie nicht günstig ist. Es ist im großen und ganzen eine ziemliche Ruhe im Geschäft eingetreten, was aber nicht Veranlassung sein darf, nun allenthalben von einem sehr schlechten Geschäft zu sprechen; ganz abgesehen davon, daß es verwerflich erscheint, in Verbindung mit dem abflauenden Geschäftsgang immer wieder die Schuld in den hohen Löhnen und Soziallasten zu suchen, die an der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit hervorragenden Anteil haben sollen. In einzelnen Presseäußerungen geht man so weit, davon zu sprechen, daß, wenn die Schiedsprüche auch weiterhin den Unternehmungen immer größere Lasten aufbürden, der Zeitpunkt nicht mehr fern sei, an dem das Geschäft, insbesondere nach dem Ausland, völlig zum Erliegen kommt. Man überschätzt nicht nur die Gefahr, sondern auch die Gelegenheit der Flaubeit benutzt werden soll, um in der öffentlichen Meinung den Gedanken zu verankern, als sei nicht nur die Höhe der Löhne, sondern insbesondere die Art, wie Löhne festgesetzt werden, Schuld an der ungünstigen geschäftlichen Entwicklung.

Allzugroße Bedeutung ist diesen Äußerungen nicht mehr beizumessen; denn viel zu gut ist in weiten Kreisen bekannt, daß die Schlichtungsstellen zumeist nur dann in Tätigkeit treten, wenn der offensichtliche Unwille, Lohnerhöhungen einzutreten zu lassen, vorherrscht. Wäre man einen Blick zurück auf die Entwicklung der Geschäftslage im letzten Jahre, so ist es sogar als bedauerlich zu bezeichnen, daß bei einem so günstigen Stand unserer Industrie das Schlichtungsverfahren zur Durchführung von Lohnerhöhungen in vielen Fällen für die Textilarbeiterschaft überhaupt notwendig war, zumal man hätte annehmen müssen, daß aus eigenem Antrieb heraus die Industrie ihrer Arbeiterschaft den Anteil eingeräumt hätte, der ihr gebührt. Die Arbeiterschaft an den günstigen Geschäftsergebnissen entsprechend zu beteiligen, wäre aus allgemeinen Konsumgründen nicht nur notwendig, sondern auch zweckmäßig gewesen.

Wenn in den letzten Monaten die Zahl der Vollbeschäftigten zurückgegangen und damit eine Erhöhung der Zahlen der Kurzarbeiter und Arbeitslosen eingetreten ist, so darf das keineswegs Anlaß sein, sich übertriebener Pessimismus hinzugeben. Bei der Betrachtung der Zahl der Beschäftigten ist immer wieder in Betrachtung zu ziehen, daß die Textilindustrie im abgelassenen Geschäftsjahre mit Ueberbeanspruchung gearbeitet und mehr Arbeitskräfte aufgenommen hat, als das vielleicht in normalen Zeiten der Fall war. Hinzu kommt, daß nach sachmännischem Urteil die Leistung pro Kopf heute höher liegt als vor dem Kriege, so daß unter Berücksichtigung dieser Momente die Zahl der augenblicklich kurz Arbeitenden und Arbeitslosen keineswegs Veranlassung sein darf, den Kopf etwa hängen zu lassen. Es ist ja auch nicht so, daß in allen Zweigen der Industrie große Unzufriedenheit gezeigt wird. Die Beschäftigungslage ist nach wie vor unterschiedlich. Eine Abschwächung ist zwar im allgemeinen eingetreten, und in einzelnen Zweigen teilweise so stark, daß es zu Einschränkungen in einzelnen Betrieben führen mußte. Ueberwiegend jedoch ist zu hören, daß die Absatzverhältnisse immer noch erträglich sind. Beispielsweise am Niederrhein liegen zwar einzelne Gruppen der Textilindustrie schwer darnieder, andere haben demgegenüber jedoch wieder eine relativ gute Beschäftigung aufzuweisen, wie z. B. die größeren Betriebe der Konfektionsindustrie, die zumeist ihren Betrieb noch voll aufrecht erhalten, ebenso aber auch die Seidenindustrie, die einen befriedigenden Absatz melden kann. Besonders gut geht es in diesem Bezirk der Textilindustrie, für die umfangreiche Aufträge aus England und Amerika vorliegen und die daher von steigendem Auslandsabsatz zu berichten weiß. Nicht zu vergessen ist die Kunstseidenindustrie, die nach wie vor überaus günstig gelagert ist.

Gleichzeitige unterschiedliche Meldungen liegen aus Sachse vor, wo einzelne Betriebe klagen, andere hingegen wieder von voller, teilweise sogar von sehr günstiger Beschäftigung reden. So weiß z. B. die westfälische Textilindustrie von steigendem Export für Lüche zu berichten, und aus dem Grimmitzauer Bezirk verläutet, daß man dort sogar noch in einzelnen Fällen an Doppelschichten festgehalten hat. Die Winteraufträge sollen, wenn auch nicht so groß wie im Vorjahre, so doch zur Zufriedenheit ausgefallen sein. Gleich günstige Meldungen kommen aus dem Thüringischen Textilbezirk Greiz-Gera, ebenso aber auch aus Oberfranken und aus einem Teil der übrigen süddeutschen Textilindustrie.

Bei einem Teil der Industrie steht man sogar auf dem Standpunkt, daß der Pessimismus, der von einzelnen Kreisen der Textilindustrie in der Presse gezeigt wird, gefährliche Momente in sich schließt. Man befürchtet nicht mit Unrecht, daß die allzu starke Betonung der schlechten Beschäftigungslage und des schlechten Absatzes für einen Teil der Arbeitnehmer Veranlassung sein kann, die Situation entsprechend für evtl. Preisermäßigung auszunutzen. Verfolgt man den neuesten Bericht der Landesarbeitsämter, so ist festzustellen, daß tatsächlich der Niedergang nicht so ist, wie das allzugerne dargestellt wird. Aus Wiesbaden wird in diesem Bericht von einer bemerkenswerten

Abnahme der Arbeitsuchenden gesprochen, ebenso herrschte bessere Nachfrage nach Arbeitskräften im Leipziger Bezirk und in Thüringen. Besserungerscheinungen in der Absatz- und Beschäftigungslage werden auch aus dem Landesarbeitsbezirk Brandenburg, wo insbesondere in der Rottbuser, Forster und Spremberger Tuchfabrikation eine Belebung eingetreten sein soll, gemeldet. Ebenso verhält es sich in Norddeutschland, einem Teile Bayerns und Sachsens.

Geht man den Gründen der augenblicklich herrschenden Depression nach, so werden diese von den verschiedensten Seiten auch ganz verschiedenartig gezeichnet. Wichtig ist, daß im Textil-einzelhandel in den letzten Monaten ein ganz bedenklicher Umsatzzugang eingetreten ist. Der Reichsbund des Textil-einzelhandels hat darüber in einer Umsatzstatistik für April 1928 in der „Textilwoche“ Näheres berichtet. Seit Dezember 1926 ist gegenüber dem Umsatz im entsprechenden Monat des Vorjahres wertmäßig ein Rückgang von einigen Prozent zu verzeichnen. Mengemäßig nach Ausschaltung der Preisunterschiede steigert sich dieser Rückgang gegenüber April 1927 auf 8,3 v. H. Auf der anderen Seite wird dieser Umsatzzugang mit den schlechten Witterungsverhältnissen, die sowohl das Oster- als auch das Pfingstgeschäft stark beeinträchtigten, in Verbindung gebracht. Andererseits mehren sich auch die Stimmen, die davon sprechen, daß die schwache Konsumkraft einen großen Teil Schuld an dem eingetretenen Umsatzzugang trage. Es gibt Einzelhandelskreise, die da meinen, daß das Geschäft in den Anfangsmonaten des Jahres nur dadurch auf der Höhe gehalten worden sei, weil der Einzelhandel darauf verzichtet habe, inwischen eingetretene Preiserhöhungen auf den Konsumenten entsprechend umzuliegen. Die Möglichkeit, in gleicher Form weiter zu wirtschaften, sei heute nicht mehr gegeben. Einer Absatzkrise sei nur dann zu steuern, wenn entweder eine entsprechende Einkommenserhöhung ohne Preissteigerung eintreten würde, oder der Gedanke eines Preisabbaues wieder in entsprechende Erörterungen gezogen werde. Aus diesen Kreisen wird also das Gegenteil von dem propagiert, was ein Teil der Textilindustrie mit seinen pessimistischen Konjunkturberichten und mit dem dauernden Hinweis auf die Höhe der Löhne und Soziallasten erreichen will.



Und wenn du noch so stark bist; wenn deine volle Kraft das Leben zwingen will allein, ohne Hilfe der anderen, im stolzen Selbstbewußtsein du dir selbst dein Glück bauen willst, es kommt die Zeit, da du ohnmächtig zusammenbrichst unter der Wucht mächtigerer Kräfte, da du hinausgeriffelst nach der Hilfe der andern, die du verschmäht. Und dein Ruf verhallt kläglich, dein Leben und Glück zerbricht.

Interessant ist im Zusammenhang mit den häufig auftauchenden Hinweisen auf die günstigen Lohnverhältnisse im Ausland auch ein längeres Rundschreiben des Landesarbeitsamtes der Rheinprovinz, das an die verschiedenen Arbeitsämter gerichtet ist, und in dem mit Ernst auf die Gefahren hingewiesen wird, die sich aus der Auswanderung und Abwanderung von Facharbeitern für die Textilindustrie ergeben, zumal sich schon seit langem eine beträchtliche Abwanderungs- und Auswanderungslust unter der Textilarbeiterschaft bemerkbar macht. Das Landesarbeitsamt sieht den Grund in der Hauptsache in den höheren Löhnen, die den deutschen Qualitätsarbeitern im Auslandes gehoten werden. Selbst wenn man berücksichtigt, daß in einem großen Teil des Auslandes die Lebenshaltungskosten gegenüber denen bei uns eine beträchtliche Erhöhung erfahren, so ist doch nicht zu verkennen, daß die ausländische Konkurrenz mit Macht versucht, durch die Zahlung entsprechender Löhne sich Qualitätsarbeiter zu sichern. Es kann darum nicht, wie es so gern betont wird, an den hohen Löhnen liegen, sondern die Ursache ist zweifellos in betriebstechnischen und kaufmännischen Fehlorganisationen innerhalb der Industrie selbst zu suchen. Die Klagen des Einzelhandels in Bezug auf die sich häufenden Schwierigkeiten durch inzwischen eingetretene Preiserhöhungen, deren gegenüber auch die nominellen Lohnerhöhungen nicht ausgleichend wirkten und die bereits von uns in einer der letzten Nummern schon angelegenen Lieferungsbedingungen sind zweifellos Momente, die bei Betrachtung der ungünstigen Geschäftslage mehr als bisher Beachtung finden müssen.

S. R.

Berufsständische Gliederung des Reichstages

In der Nr. 134 des „Deutschen Reichsanzeigers“ wird eine Aufstellung der Reichstagsabgeordneten unter gleichzeitiger Angabe ihres Wohnortes und ihres Berufes veröffentlicht. Wenn wir auf Grund dieser Aufstellung, soweit es eben möglich ist, die berufsständische Gliederung des neuen Reichstages zu ergründen suchen, so dürfen wir von vornherein feststellen, daß eine wesentliche Verschiebung in dieser Gliederung gegenüber der der Wahl von 1924 kaum erfolgt ist. Im einzelnen ergibt sich etwa folgendes Bild: Die Sozialdemokratie hat in ihrem Stimmengewinn eine Verschiebung nur in der Gruppe, die wir einmal als Staatsverwaltung bezeichnen wollen. Kommen wir bei der Dezemberwahl 1924 16 Abgeordnete zu dieser Rubrik rechnen, so sind es heute deren 23. Dabei fällt ins Auge, daß von diesen sich ein rundes Dutzend aus ehemaligen Reichs- oder Staatsministern zusammensetzt. Es ist ein bereites Bild dafür, wie die Sozialdemokratie in den letzten Jahren leitende Posten bezieht. Im weiteren sind an Parteisekretären 22 gegenüber 21 Abgeordneten und an Vertretern aus den Gewerkschaften 22 gegenüber 23 Abgeordneten gewählt worden. Auch die sozialistische Presse ist mit 18 Abgeordneten wieder recht vertreten. Bei den freien Berufen finden wir unter 25 Abgeordneten, die wir in diese Kategorie einreihen können, nicht weniger als 16, die als Beruf Schriftsteller angeben. Die Berufe, die wir zu Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft rechnen könnten, weisen merkwürdigerweise auch als Arbeitnehmer keine Abgeordneten auf. Immerhin dürfte es von Interesse sein, daß drei kaufmännische Angestellte und drei Handelsvertreter als sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag eingezogen sind.

Die Deutschnationalen, die die zweitstärkste Fraktion bilden, haben infolge der eigenen Listen, die die verschiedenen Organisationen der Landwirtschaft aufgestellt hatten, in dieser Berufsgruppe die meisten Abgeordneten verloren. Hatten sie im Dezember Reichstag insgesamt 30 Abgeordnete, darunter sieben Großgrundbesitzer, so sind es heute nur 16, darunter fünf Großgrundbesitzer. Die Notlage der Bauern und Grundbesitzer hat eben die Veranlassung gegeben, daß sie ihre eigenen Programme und eigenen Parteien wählten. Ziemlich konstant ist bei den Deutschnationalen die Gruppe der Staatsverwaltung geblieben, die einschließlich der Gruppen Kommunalverwaltung, Kirche, Schule, Post und Eisenbahn über 31 Abgeordnete gegenüber 37 des vorigen Reichstages verfügt. Auch die Zahl der Gewerkschaftsvertreter ist unverändert. Bei beiden Wahlen wurden je sieben deutschnationale Gewerkschafter gewählt.

Die Kommunisten stellen, wie schon 1924, ein größeres Kontingent ihrer Vertreter aus den Kreisen der Arbeitnehmer der Industrie, des Handels und Gewerbes. Leider sind die Berufsanfragen bei ihnen etwas ungenau; immerhin darf man sagen, daß sich aus den genannten Gruppen etwa 50 Prozent der kommunistischen Abgeordneten zusammensetzen. Es sind also rund 25 Abgeordnete, die wir hierzu zu zählen haben. Die kommunistische Schulpolitik scheint aber in den eigenen Reihen der Partei nicht allgemeinen Anklang gefunden zu haben. Nur ein Lehrer war so ausschließlich aufgestellt, daß er nun als „kultureller Abgeordneter“ des deutschen Volkes die Strapazen des Wahlkampfes übersteht. Im vorigen Reichstag konnten noch fünf Abgeordnete dieser Gruppe zugezählt werden. Die kommunistische Presse ist wiederum mit neun Abgeordneten vertreten. Auch zwei Gewerkschaftssekretäre und sieben Abgeordnete aus der Gruppe der freien Berufe, die sich wieder alle als Schriftsteller bezeichnen, sind mit von der Partie.

Das Zentrum stützt sich hauptsächlich auf die drei Gruppen Landwirtschaft, Staatsverwaltung und Gewerkschaften. Besonders hervorzuheben ist, daß die erstgenannte Gruppe auch jetzt wieder 12 Abgeordnete zählt. Zu der zweiten Gruppe gehören einschließlich Kirche (drei) und Schule (sechs) 24 Abgeordnete (1924: 25). An Gewerkschaftsvertretern können wir heute nur neun gegenüber 11 der vorigen Wahl nennen. Die übrigen Abgeordneten aller bisher genannten Parteien verteilen sich mit einer jeweils nur geringen Anzahl auf die Gruppen Handel, Industrie, Presse und freie Berufe.

Wohl die geringste Veranschaulichung in der beruflichen Schichtung ihrer Abgeordneten weist trotz ihres Verlustes an Mandaten die Deutsche Volkspartei auf. Die überragendste Gruppe ist auch hier wieder die Gruppe Staatsverwaltung, zu der bei weitgehender Berücksichtigung 22 Abgeordnete zu rechnen sind. Bemerkenswert ist, daß entgegen der kommunistischen Politik unter den volksparteilichen Abgeordneten wieder vier Abgeordnete des kulturellen Lebens sind. Die Gruppe Gewerkschaft weist wieder einen Abgeordneten auf.

Von den 25 demokratischen Abgeordneten können wir 11 der Gruppe Staatsverwaltung einreihen. Von den fünf Vertretern von Universitäten und Schulen ist auch nur einer zurückgekehrt. Die Gruppe der Gewerkschafter umfaßt wieder drei Abgeordnete, die der freien Berufe wieder vier. Auch bei den übrigen Parteien ist eine Veränderung in dieser Hinsicht kaum in Erscheinung getreten.

Die Bayerische Volkspartei rechnet von ihren 10 Abgeordneten fünf (1924: sechs) zur Gruppe der Landwirtschaft, drei (1924: fünf) zur Gruppe der Staatsverwaltung und zwei (1924: drei) zur Gruppe der Gewerkschaften.

Von den 12 Nationalsozialisten stammt einer aus der Gruppe der Landwirtschaft, zwei aus der Gruppe Industrie, fünf aus der Gruppe Verwaltung im weiteren Sinne, drei aus der Gruppe der freien Berufe und einer aus den Gewerkschaften. Diese Verteilung entspricht etwa der der Volkischen und Nationalsozialisten des verflochtenen Reichstages.

Die nun noch ausstehenden Parteien: Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), Deutsche Bauernpartei, Landbund, Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei einschließlich Deutsch-Hannoversche Partei, die Volkspartei und die Süddeutsche Landvolkpartei entnehmen ihre Abgeordneten meistens den schon durch die Parteibezeichnung erkenntlichen Berufsklassen.

Diese Darstellung der beruflichen Gliederung für die Abgeordneten der einzelnen Parteien würde nun etwa folgendes Gesamtbild ergeben. Dem neuen Reichstag vom 20. Mai gehören 57 Mitglieder der Gruppe Landwirtschaft, 61 Mitglieder der Gruppe Industrie, Handwerk und Gewerbe, rund 50 Mitglieder der Gruppe Handel, 171 Mitglieder der Gruppe Staatsverwaltung einschließlich Justiz, Post, Eisenbahn, Kirche, Schule und Parteien, 34 Mitglieder der Gruppe Presse und 47 Mitglieder der Gruppe Gewerkschaft und 48 Mitglieder der Gruppe freie Berufe an. Es bleiben nun also noch 24 Abgeordnete, die berufslos (meistens Frauen) wären, oder deren Beruf nicht angegeben ist. Auch diese Zahl würde der des vorigen Reichstages vergleichbar sein, da sie hier mit 22 Abgeordneten angegeben war.

Diese Aufstellung ist, wie bereits oben gesagt, nur unter einem gewissen Vorbehalt möglich gewesen. Denn nicht immer ist die strikte Eingliederung des einzelnen Abgeordneten in eine ganz bestimmte Berufskategorie leicht gewesen. Dazu waren einmal die Angaben nicht immer genau genug, zum anderen aber war durch die Veränderung, die der einzelne in seinem Beruf durch die Bekleidung öffentlicher Ämter usw. vorgenommen hatte, der eigentliche Beruf nicht mehr genau ersichtlich. Mit dieser Einschränkung dürfte aber ein Einblick in die berufsständische Gliederung des neuen Reichstages gegeben sein.

Die Zahlungsbilanzen Deutschlands, Englands und der USA

	Deutschland		England		U.S.A.	
	Dassiv	Aktiv	Dassiv	Aktiv	Dassiv	Aktiv
Warenhandel	772	772	1850	1850	634	634
Dienstleistungen	38	38	960	960	493	493
Zinsen	2	2	1200	1200	575	575
Reparaturen	50	50	50	50		
Sonstige Kapitalbewegungen	941	941	350	350	850	850
Summe	1793	1793	2200	2200	1349	1349

Die Zahlungsbilanzen Deutschlands, Englands und der Vereinigten Staaten.

Ein Vergleich der Zahlungsbilanzen der oben genannten drei Länder ergibt die Notwendigkeit der Aufnahme von Auslandskrediten durch die deutsche Volkswirtschaft zum Ausgleich der erheblichen passiven Zahlungsbilanzen. Dagegen hat Großbritannien in seiner Zahlungsbilanz einen Ausgleich durch hohe Zins- und Verkehrseinnahmen zu verzeichnen. In den Vereinigten Staaten hat die nach dem Krieg stets aktive Handelsbilanz auch das Aktivbleiben der Zahlungsbilanz zur Folge gehabt, außerdem könnte hier das Zinseinkommen ebenfalls einen Ausgleich bringen.

Aufgaben dieses neuen Reichstages

Erst die Lösung der dringendsten Aufgaben ist unbedingte Pflicht dieses Reichstages. Die Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik spielen bei der kommenden Arbeit dieses neuen Reichstages naturgemäß eine sehr große Rolle. Eine weitgehende Übereinstimmung sollte bei den sozialpolitischen Fragen und Forderungen möglich sein, aber auch ebenso bei den Fragen der Steuerpolitik. Neben den Fragen des Finanzausgleichs stehen die Fragen einer Ermäßigung der Lohnsteuer, die Verwendung der Hauszinssteuer zum Wohnungsbau und das Steuervereinfachungsgesetz im Vordergrund der praktischen Arbeit. Zwei Aufgabengruppen seien als der unbedingt wertvollste und auch möglich auf Grund der politischen Zusammenfassung der Volksregierung im Folgenden besonders hervorgehoben.

Es kann für eine Volkswirtschaft und für die arbeitenden Schichten vor allem nicht gleichgültig sein, wie das Steuerrecht gestaltet ist, von welchen allgemeinen Gesichtspunkten es sich leiten läßt. Ob die Menschen, die durch den heutigen Wirtschaftsprozess sehr geschwächt sind, auch geschlechtlich entsprechenden Schutz erfahren. So ist das große Interesse gerade an dem Entwurf eines Gesetzes über die Vereinheitlichung der Steuern nur zu verständlich. Von fast allen Parteien wird doch die Notwendigkeit des Steuervereinfachungsgesetzes eingesehen. Und hier läßt sich sogar sehr viel aus den vorgelegten Arbeiten des letzten Reichstages mit übernehmen. Wertvollste Arbeit hat gerade Reichstagsabgeordneter Dr. Brüning als Arbeitervertreter geleistet. Bei den noch zu leistenden Arbeiten am Steuervereinfachungsgesetz muß es sich handeln um die weitere kraftvolle soziale Ausgestaltung dieses Gesetzes, um die soziale Ausgestaltung unseres gesamten Steuerwesens überhaupt. Dieser Gesetzentwurf will reichsrechtliche Vorschriften geben über die Bemessungsgrundlage, Veranlagung usw. Das Steuervereinfachungsgesetz ist lediglich Mantelgesetz für ein Grundsteuerrahmengesetz, Gewerbesteuerrahmengesetz, Gebäudeeinkommensteuergesetz und ein Gesetz über die Vereinheitlichung des Verfahrens in Steuerfällen und über die Anpassung der Reichsteuergesetze. Schon viele Verbände und Organisationen haben Stellung genommen zu Einzelheiten dieses Entwurfes. Unsere weiteren Forderungen sind diese: Beseitigung der Publizitätsfeindschaft des Entwurfes, Trennung des Bodens von Gebäuden und allen anderen beweglichen Gütern bei der Steuererschätzung. Weiter muß wenigstens die Möglichkeit einer Staffelung der Umlagesätze nach der Betriebsgröße offen bleiben in Rücksicht auf die einzelnen Länder. Ebenso ist eine Freigrenze vorzusehen. Bei dem Gebäudeeinkommensteuergesetz gilt es, die ausgesprochene erbbaufindliche Einstellung des Entwurfes zu beseitigen; denn durch die bisherige Vorrichtung wird die sozial so erwünschte Bodenabgaberechtsform die des Erbbaurechtes, die doch gerade für die Arbeiter so gegenständig gewirkt hat und noch wirkt, zweifellos stark erschwert. — Über diese Fragen wird und muß im Rahmen einer breiten Vorbereitung eine Einigung möglich sein.

Aber ein zweites großes Ziel, ein Ziel, das Millionen Deutscher erstreben, könnte der großen Koalition die Basis schaffen für eine fruchtbringende und im Interesse des ganzen deutschen Volkes, auch im Interesse der deutschen Industrie liegende Arbeit. Wir meinen das tatkräftige Zupacken der Fragen der Bodenpolitik, die ernsthafte Arbeit an der sozialen Ausgestaltung unseres Bodennetzes, die ernsthafte Arbeit an der Beseitigung der Wohnungsnot. Denn gerade unter dieser Not leiden, wie die Erfahrung immer wieder beweist, die arbeitenden Schichten des deutschen Volkes am schwersten. Es hat den Anschein, als ob gerade der deutsche Arbeiter im Gegensatz zu dem anderer Länder zur Heimatlosigkeit verurteilt sei. Und wie würde ein eigenes Heim, eine behagliche Wohnung vor allem seine Arbeitsfreudigkeit heben, wie wird ein eigenes wohnliches Heim mithelfen, ihn wirklich zu einem Menschen werden zu lassen, Ausgleich zu schaffen für die heutige Arbeitsweise. Der neue Reichstag hat auf dem Gebiete der Beseitigung der Boden- und Wohnungsnot ja auch durchaus nicht nötig, Preußen allzu leise und nur zu vorsichtig tastend zu beschreiben. Er kann weiter bauen, kann weiterstreben auf dem durch die deutsche Nationalversammlung durch die Artikel 158 und 159 unserer Reichsverfassung und vor allem auf dem durch den letzten Reichstag selbst vorgezeigten Wege. Denn die Wohnungsnot des deutschen Volkes läßt sich nur beseitigen im Zusammenhang

mit der Behebung der Bodennot. Diese Zusammenhänge sind erst kürzlich auch vom Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in der bekannten Denkschrift zur Überwindung der Wohnungsnot hervorgehoben und auch Wege der Abhilfe gezeigt worden, die in Richtung unserer Forderungen gehen. Der Reichstag hat gewissermaßen ein Vermächtnis durchzuführen. Es herrschte schon einmal in den Parteien von ganz links bis hin zur Rechten fast Einmütigkeit über diese Lebensfrage. Es war dies im Mai 1926, als die Vorlage dieses Wohnheimstättengesetzes zur Beratung stand. Und die namentliche Abstimmung hierüber ergab, daß die Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und das Zentrum geschlossen für die Vorlage eines Wohnheimstättengesetzes im Sinne des „Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium“ stimmten. Sogar die Deutsche Volkspartei hatte schon einmal die Initiative ergriffen. In Erkenntnis der Ungleichheit der gesetzlichen Bestimmungen für die dringend notwendige Beschaffung von billigem Bau- und Siedlungsland stellten gerade Abgeordnete der Deutschen Volkspartei anlässlich der Beratung des Reichsheimstättengesetzes am 29. 4. 20 den Antrag: „Die Nationalversammlung wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen: 1. tunlichst bald einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Boden Spekulation und zur sozialen Ausgestaltung des Entgeltungsrechtes, insbesondere auch in der Richtung vorzulegen, daß die Errichtung von Wohn- und Wirtschaftsheimstätten durch die Beschaffung billigen Bodens erleichtert wird; 2. tunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Zuständigkeit des Reiches hinsichtlich der Gesetzgebung auf den Gebieten des Siedlungs- und Wohnungswesens erweitert.“

Und die Forderung vom Mai 1926 ist der Wille des Volkes, der gehört werden muß! Arbeitet man, wenn nötig, den Entwurf in seinen Einzelheiten weiter aus. Denn Einzelbestimmungen lassen sich ebenso gut auch anders formulieren. Darauf soll und darf es uns ja nicht ankommen. Nur die großen Grundgedanken und Grundziele des Gesetzes sind im Sinne des Entwurfes des „Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium“ zu erhalten. Hier ist von den Volksvertretern eine Tat zu tun, die von Tausenden Deutscher ersehnt wird. Und sie ist auch lösbar bei der gegebenen parteipolitischen Konstellation. Man hätte im deutschen Volke wahrlich wenig Verständnis, würde man diese so günstige Gelegenheit jetzt nicht nützen!

Schafft Grundlagen für Steuergerechtigkeit! Schafft Grundlagen für ein menschenwürdiges Dasein, für eine gesunde, menschenwürdige Wohnung! Schafft Grundlagen, daß die Millionen Heimatlosen die Segnungen eines eigenen Heimes verspüren können! Ich weiß nicht, ob allen gerade die bedenklichen Tatsachen bekannt sind, daß immer mehr Menschen auf engstem Raum zusammengebrängt werden. Und daß sich gerade in dieser Wohnungseingekerkelung die Spannungen, das Verderben ansammelt. Es tobt der Kampf um den Quadratmeter. Man will Wege beschreiten zur Beseitigung, die nie begangen werden dürfen. Man schlägt Rückkehr zur alten Bauweise, weiteres Zusammenpressen der Menschen auf engstem Raume zur Behebung der Wohnungsnot vor. Hört den Schrei der heute irgendwo und irgendwo im modernen Wirtschaftsleben stehenden Menschen, den Schrei nach einem Stückchen Eigentum, für den einzelnen unverkäuflich! Ebnet die Wege! Wie war es doch in den Aufrufen der einzelnen Parteien so schön zu lesen und in den Versammlungen immer wieder zu hören: Beseitigung der Wohnungsnot — „wir schaffen's“ usw. Schafft die Grundlage für die Lösung der sozialen Frage unserer Zeit, für die Beseitigung unserer Boden- und Wohnungsnot. Es wird sich bei den Bemühungen um Beseitigung dieser unserer Not der soziale Geist der einzelnen Parteien zeigen.

Wahrlich, dies sind nicht die einzigen Aufgaben, die der neue Reichstag zu lösen haben. Aber zweifellos sind es Aufgaben, deren Lösung das deutsche Volk und vor allem die arbeitenden Schichten gerade von diesem Reichstag erwarten. Denn die Wohnungsnot lastet sehr hart auf diesen Schichten und erschwert vor allem ihren sozialen Aufstieg aufs stärkste. Man schaffe auch bei uns die Grundlagen, daß unsere Volksvertreter bald sprechen können, wie der Kandidat des amerikanischen Staatspräsidenten, der jetzige Handelsminister Hoover, kürzlich sagen konnte: „Wir (die Amerikaner) hoffen 1930 so weit zu sein, daß die Hälfte des amerikanischen Volkes in Eigenheimen wohnt.“

Dr. Josef Wagnbach, Berlin.



Sterblichkeit der Brust- und der Flaschenkinder.
Die Bedeutung der Muttermilch für die Ernährung des Säuglings kann nicht genug hervorgehoben werden. Keine andere Milch oder künstliche Ernährung kann die Muttermilch ersetzen, deren Zusammensetzung sich täglich verändert und dem Wachstum des Säuglings anpaßt. Mindestens noch 6 Monate soll das Kind nach der Geburt durch den Muttermilch ernährt werden. Namentlich in der heißen Jahreszeit sind die Flaschenkinder weit mehr gefährdet als die Brustkinder.

Die Gesundheit unserer berufstätigen Jugend

Kamhafte Persönlichkeiten und Jugendverbände haben besonders nach dem Kriege Möglichkeiten erwogen und geschaffen, die den Vätern unserer Jugend steuern sollen. Ueber den Erfolg dieser Wohlfahrtsanstalten hat die Öffentlichkeit nur wenig erfahren. Jetzt ist nun ein kleines Heftchen: „Arbeit und Erholung im Lehrlingsalter“ bei der Hanseatischen Verlagsgesellschaft W. B. Hamburg, erschienen, das sich vor allem mit den gesundheitlichen und körperlichen Vätern der Jugend befaßt und zugleich, was das wertvollere ist, über die Erfolge einer Jugendheilstätte berichtet, nämlich über die Arbeit des Sportatoriums Lobeda bei Jena, das dem Deutschen Nationalen Handlungsgesellschafts-Verband gehört.

Die Schrift beschäftigt sich zuerst mit dem allgemeinen Gesundheitszustand unserer Jugend. Sie erläutert sodann die Gründe der gesundheitlichen und körperlichen Mängel. In der Hauptsache sind daran die schlechten Wohnungsverhältnisse, die starke und zuweilen recht einseitige körperliche Beanspruchung durch die berufliche Arbeit und schließlich auch die ungenügenden Urlaubsbedingungen schuld. Der Verfasser der Schrift ist der als Begleiter unserer Olympiamannschaften bekannte Dr. med. Hoske, Berlin, der auch der ärztliche Berater des Sportatoriums ist.

Eine schlechte Gesundheitsverfassung bleibt auch auf den geistigen Menschen nicht ohne Einfluß. Die in der Schrift von Dr. med. Hoske festgehaltenen Ergebnisse der Jugendheilstätte bezeugen, daß durch die regelmäßig dreiwöchigen Kurgänge bei Sport, Spiel, Ruhe, guter Ernährung eine Reihe von Beschwerden behoben wurden, die auf den Menschen schwer lasten können, so vor allem Kopfschmerzen, nervöse Unruhe, Verdauungsbeschwerden, Schlafstörungen und Blatarmut. Aber auch Haltnungsfehler konnten gebessert werden. Die Beseitigung gerade dieser Fehler, insbesondere während der Reisejahre, ist ein dringendes Erfordernis für die heranwachsende Generation.

Diese Notwendigkeit formuliert Dr. med. Joske, Berlin, in der Schrift zum Schluß eindeutig klar, indem er schreibt:

Man darf diese Forderungen nicht damit abtun, daß man sagt: es sei früher ohne all dies gegangen. Wer dieser Ansicht ist, vergißt, daß unsere Wirtschaftsentwicklung nur durch den ungeheuren Aufschwung der Technik möglich geworden ist. Hier wird es niemandem einfallen zu sagen, daß es ohne die Technik früher ja auch gegangen sei, denn es ist für jedermann zu offensichtlich, daß so die Intensität der Leistungen um ein Vielfaches gestiegen ist. Eben diese Arbeitsintensität aber ist es auch, welche die menschliche Gesundheit, Arbeits- und Lebenskraft in viel stärkerem Maße verbraucht, als dies früher der Fall war. Wird hier nicht für ausreichende Arbeitserholung Sorge getragen, — das gilt im äußersten für die Menschen des Entwicklungsalters — so ist es sehr wahrscheinlich, daß trotz aller technischen Fortschritte die Leistungen des Volkes auf dem Gesundheitswege auf dem Arbeitsgebiete sinken werden.

Ein selten schönes Verbandstreffen.

Bayerisches Nögan. Die Ortsgruppen des Allgäuer Sekretariatsbezirks haben sich am Sonntag, den 24. Juni, zu einem Stellbildern in Füssen zusammengefunden. Mit 10 durchwegs großen Autos waren früh 8 Uhr am Eingang von Füssen etwa 380 Kollegen und Kolleginnen zum Eingang in die Stadt aufgestellt. Auch die Mitglieder von Füssen haben sich in großer Anzahl eingefunden. In der Franziskanerkirche fand eine hl. Messe statt, und um 10 Uhr zogen die Autos nach Hohen Schwangau zur Besichtigung Reichswaldstein. Mit einer Eintrittspreisermäßigung von 50 Prozent haben etwa 240 das herrliche Königsschloß besucht. Nachmittags 2 Uhr war im großen Stadtsaal in Füssen Festbesprechung. Unsere Füssener Kollegen hatten inzwischen eine 22 Mann starke Musikkapelle aufgebracht, Kollege Egger konnte bei Eröffnung und Begrüßung der Versammlung mit Freude konstatieren, daß sich die Teilnehmer sehr zahlreich eingefunden hatten. Die Stadt Füssen war vertreten durch den Herrn ersten Bürgermeister Dr. Moser nebst zwei Stadträten, die Geistlichkeit mit Geistl. Rat Sauter, das Franziskanerkloster durch S. S. Pater Gabriel, das Kartell der kath. Vereine durch Herrn von L. a. m. Mit herzlichsten Worten wurden sie alle vom Vorsitzenden begrüßt.

Unser Bezirksleiter, Kollege Geier, hatte die Festrede übernommen. Die Kollegin Reklau, Sonthofen trug einen Prolog vor. Herr Bürgermeister Dr. Moser begrüßte die auswärtigen Gäste namens der Stadt Füssen. Die markanten Worte wurden mit starkem Beifall belohnt. Auch unser Vorsitzender von Füssen, Kollege Zimm, fand herzliche Worte der Be-

Die bairische Landesynode und die arbeitende Jugend

Es ist heute fast zur Mode geworden, von der Entseelung der Arbeit zu reden, überall klingt das Wort von der entseelten, geisttötenden Arbeit. Sicherlich entspringt dies Wort aus christlichem Bollen, aber es trifft nicht den sozialen Tatbestand. Gewiß ist das Berufsbewußtsein oder die Berufsmoral verloren gegangen, es mag aber immerhin gefragt werden, ob dieses Berufsbewußtsein als Wissen um das Berufsein zur Arbeit überhaupt in dem oft vorausgesetzten Maße in irgend einer Wirtschaftsepoche lebendig gewesen ist, ob nicht vielmehr immer gemäß dem alten Bibelwort die Arbeit als Last, als Mühsal empfunden wurde, als notwendiges Mittel zur Lebenserhaltung. Dies gilt nicht nur für die Hand-, sondern auch für die Kopfarbeit. Die moderne technische Entwicklung hat in sehr vielen Berufen die Arbeit von den mühseligen körperlichen Anstrengungen entlastet, durch Benützung der Maschinen ergiebiger und auch leichter gemacht. Aber die Technik wird auch bei Anwendung raffiniertester Maschinen, bei völliger Umwälzung der Wirtschaftsmethoden der Arbeit nie den Charakter des Zwanges nehmen können, sie wird daher stets mit Unlust verbunden sein.

Der moderne Industriearbeiter wendet sich daher auch gegen die Rede von der Entseelung der Arbeit, das ist ihm nicht das große Problem, sondern daß die Arbeit sein ganzes Leben ausfüllen soll, daß er lebt, um zu arbeiten, nicht arbeitet, um zu leben, er will außerhalb seiner Arbeit ein persönliches freies, erfülltes Leben führen. Daher die erbitterten Kämpfe um die Arbeitszeit, um den Erholungsurlaub für Erwachsene und für Lehrlinge.

Es ist zu beachten, daß auch zur Erhaltung der Gesundheit und der körperlichen Spannkraft gerade beim heranwachsenden Menschen der Urlaub eine notwendige Forderung der Stunde ist. Es scheint, als ob der Urlaub der Jugendlichen Gesetz werden soll, da der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates einen entsprechenden Zusatz zum Arbeitsschutzgesetz annahm.

Nun hat auch die bairische Landesynode gesprochen und einmütig den Urlaub der Jugendlichen gefordert. Darüber ist sie noch einen Schritt hinausgegangen und hat bei den Gemeinden die Unterstützung der Ferienheime angeregt. Nicht nur Urlaub, sondern auch die Möglichkeit, diesen Urlaub zur körperlichen und seelischen Erfrischung anzuwenden, kurz, die Bildung der christlichen Persönlichkeit, ist das Gebot des Jugendschutzes. Wir müssen der Synode dankbar sein, daß sie das Augenmerk der Öffentlichkeit auf diese Fragen gelenkt hat.

Die Sandegebung der Landesynode

hatte folgenden Wortlaut:

„Die Landesynode lenkt das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die Not der Lehrlinge sowie jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die ohne Ferien und ausreichende Freizeit schweren Gefahren des Leibes und der Seele ausgesetzt sind. Die Synode unterhält den Reichsausschuss Deutscher Jugendverbände in seinen Forderungen, daß durch reichsrechtliche Regelung der Jugend bezogener Urlaub gesichert wird. Die Landesynode bittet die Kirchengemeinden, alle evangelischen Jugendpflegeorganisationen darin zu unterstützen, daß die Ferienheime für eine billige, Körper und Seele erfrischende Freizeit für die erwerbstätige Jugend ausgebaut werden können.“

grünung und stellte hauptsächlich das christliche Moment in den Vordergrund. Auch ihm dankte die Versammlung mit Beifall.

Sodann nahm der Kollege Geier das Wort zu seinem Vortrag: „Was wir sind und was wir wollen“. Mit dem Gedicht „Wir wollen vorwärts“ schloß der Redner seine vorrätlichen Ausführungen. Die Versammlung spendete ihm großen Beifall.

Nun kam ein Töchterchen unseres früheren Vorsitzenden, Kollegen Grumm, in der niedlichen Tracht und trug einen Willkommenstanz voll Hingebung und Wärme vor, der mit starkem Beifall und Bravourfoll belohnt wurde. Mit einem zündenden Schlusswort und mit Dankeserstattung an die Gäste, an den Kollegen Geier und die gesamte Versammlung wurde der Versammlungsteil beendet und kam dann die Gemütlichkeit zur Geltung. Tanz und humoristische Vorträge verschönten den Nachmittag. Auch die Kollegin Reksau sprach noch einmal ein ernstes Gedicht. Drei Kollegen und Kolleginnen von Jüssen und Jüssen führten einige Nationaltänze auf, die mit großem Interesse und mit Beifall quittiert wurden. Ein Teil der Kollegen schickte hinauf zum Kalvarienberg, um sich die Schönheiten der Natur zu betrachten; ein anderer Teil besichtigte die herrlich gelegene Burg, die ehemalige Sommerresidenz der Fürstbischöfe von Augsburg. Wieder ein anderer fuhr mit ihren Autos nach Weißhaus, also ein Stück ins Tirol und haben sich a Bierleite „Tiroler“ schmecken lassen. Der Schreiber dieser Zeilen hat nachher allehand von dem „Tiroler“ erzählen hören, will aber lieber nicht berichten; es soll sehr gemütlich gewesen sein.

Mit dem Bewußtsein, schöne Stunden in harmonischem Zusammensein verlebt zu haben, wurden Grüße gewechselt; jeder mit dem Gelöbniß im Herzen „auf zur neuen Arbeit“ trugen die Autos die Teilnehmer zurück in die heimatischen Gefilde.

Dingen ankommen, das lebendige Interesse des Schülers am Unterrichtsgegenstande wachzurufen und wachzuhalten. Der Berufsunterricht ist hier gerade beim „ungelehrten“ jugendlichen Arbeiter das geeignetste Anknüpfungsmittel. Der jugendliche Arbeiter hat einen ausgesprochenen praktischen Sinn. Und wenn man ihm die notwendigen Handfertigkeiten und Kunstgriffe beibringt, so macht man ihm nicht nur körperlich geschickt, sondern regt auch seine Aufmerksamkeit an, gibt ihm Freude an der Arbeit und weckt schließlich auch sein geistiges Interesse, das bei dem Nächstliegenden (Arbeitschutz, Sozialversicherung usw.) anfangend für die Werte der Berufsgewinnung im weiteren Sinne und der Volkswirtschaft aufgeschlossen macht. Daher ist auch für den „ungelehrten“ Arbeiter die Berufsschule die gegebene Erziehungsstätte.

Genossenschaftliches

Der Abwehrkampf der Konsumgenossenschaften.

Auf dem westfälischen Konsumgenossenschaftstag des Bezirksverbandes Westfalen im Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V. Köln, der am 10. und 11. ds. Mts. in Rheim stattfand, wurden eine Reihe von Entschlüssen gefaßt, die geeignet sind, ein aktuelles Bild des gegenwärtigen Abwehrkampfes der Konsumgenossenschaftsbewegung zu geben. Die Entschlüsse, die das Zugabewesen, die Markenartikel, die Steuerfrage, die Gefrierfleischversorgung und das eigene Zeitschriftenwesen betreffen, geben wir im Folgenden, teilweise gekürzt, wieder:

Zum Zugabewesen:

Der preussische Landtag hat, von Konsumgenossenschaftlern angergt, den Beschluß gefaßt, die Regierung wolle durch Gesetz verbieten, beim Einkauf von Waren Zugaben zu verabsolgen. Der Verbandstag bittet die Verbandsleitung, mit allen Mitteln auf die schnelle gesetzliche Regelung der Frage zu drängen.

Zur Markenartikelfrage:

Der westfälische Konsumgenossenschaftstag verpflichtet erneut die Verbandsgenossenschaften, keine Verpflichtungsscheine von Markenartikelfabrikanten usw. zu unterschreiben. Die Genossenschaften verpflichten sich mehr und mehr, alle Waren mit der „Gepag“-Flagge in ihren Verkaufsstellen einzuführen und zu verbreiten. An die Gesetzgebung richtet der Verbandstag die Forderung, die einseitigen Preisprivilegien der Markenartikelfabrikanten zu beseitigen.

Zur Steuerfrage:

Im Streite gegen die Konsumgenossenschaften wird systematisch fälschlicherweise behauptet, die Konsumgenossenschaften seien steuerfrei. Der Verbandstag verweist darauf, daß die von den Verbänden in Westfalen gezahlten Steuern 1927 wieder über RM. 100 000 höher waren als 1926. Der falschen Behauptung von der Steuerfreiheit der Konsumgenossenschaften folgt systematisch die Forderung an die Parlamente, die Konsumgenossenschaften stärker zu besteuern. Der Verbandstag protestiert gegen diese Propaganda. Er erwartet von der Regierung und den Parlamenten, daß sie diese konsumvereinsfeindlichen Forderungen ablehnen.

Zur Gefrierfleischfrage:

Der Genossenschaftstag bedauert den Beschluß des Reichstages auf Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents von 120 000 auf 50 000 Tonnen. Er protestiert gegen eine derartige Maßnahme, die vielen Arbeitnehmerfamilien den Genuß von Fleisch zur Unmöglichkeit macht. Des weiteren protestiert der Genossenschaftstag besonders auch dagegen, daß in Westfalen starke Arbeiterbezirke vom Bezuge von Gefrierfleisch ausgeschlossen wurden. Der Genossenschaftstag ersucht den Verbandsvorstand, alle Wege zu gehen, um diese ungerechte Ausnahme wieder rückgängig zu machen.

Zum Zeitschriftenwesen:

Die Genossenschaften erkennen die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Zeitschriften an. Der Verbandstag hält es für erforderlich, den vom Reichsverband herausgegebenen Zeitschriften: „Konsumgenossenschaftliche Praxis“, „Genossenschaftsfamilie“ und „Gepagbote“, im Interesse der Bewegung eine noch größere Verbreitung zu verschaffen.

Berichte aus den Ortsgruppen

Lennepe. Am Samstag, den 16. Juni, fand die erste Sekretariats-Betriebsratkonferenz in unserem neuen Versammlungsraum statt. Die große Teilnehmerzahl war sichtlich erfreut über das Angenehme des eignen Versammlungsraumes. Nach einem herzlichen Willkommengruß gab der Sekretariatsleiter, Kollege Dünnleder, den Geschäftsbericht. Ausgehend von der gegenwärtigen Geschäftslage, unter der im Monat Mai rund 50 Prozent der Mitglieder unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu leiden hatten, wurde ein Ueberblick über die Mitgliederentwicklung gegeben. Derselbe ist in steter Aufwärtsentwicklung begriffen. Der Zuwachs betrug trotz der schlechten Geschäftslage in den beiden letzten Quartalen 24 Prozent. Noch günstiger war die Beitragsentwicklung. Derselbe betrug in demselben Zeitraum ohne Lokalbeiträge sogar 44 Prozent Steigerung. Rund 12 Prozent der Mitglieder zahlen über ihren Pflichtbeitrag, welches besonders lobend anerkannt wurde. Der Opfergeist dieser Mitglieder möge allen anderen Vorbild sein, damit das Einzelmitglied sich für Notzeiten sichert und eine weitere finanzielle Erstarkung unserer Bewegung gewährleistet wird.

Die letzten Monate brachten eine Fülle von Arbeit zur Durchführung der sozialen Bahnen. Auch hierbei haben unsere Mitglieder gezeigt, daß sie gewillt sind, an den großen Aufgaben der Mitbestimmung und Selbstverwaltung mitzuarbeiten. Die diesjährigen Betriebsratswahlen brachten uns einen großen Schritt vorwärts. In 17 Betrieben wurden 47 gesetzliche Betriebsvertreter aus unseren Reihen gewählt. Im Vorjahr betrug die Zahl in 12 Betrieben 29 Mitglieder. Bei den Krankenkassenwahlen wurden ohne Wipperfucht und Burleske im Versicherungsamtbezirk Lennepe allein 56 Mitglieder unseres Verbandes in die Ausschüsse und 14 Mitglieder in die Kassenvorstände gewählt.

Bei dem Kapitel Rechtschutz konnte auf einen glänzenden Erfolg unseres Verbandes hingewiesen werden. Bei mehreren Firmen war die Bezahlung des Ferienentgeltes strittig. Diese Firmen lehnten die Bezahlung des Ferienentgeltes auf Anweisung des Arbeitgeberverbandes über 51 Stunden ab. Für rund 700 Arbeitnehmer dieser Betriebe wurde eine Nachzahlung an Ferienentgelt von 1200 M. durch unsern Verband herausgeholt. Leider ist bei solchen Streitfällen nicht immer eine scharfe Abgrenzung zwischen Gewerkschaftlern und Unorganisierten eingehalten. Hoffentlich finden auch letztere, durch die gewerkschaftlichen Erfolge angeregt, bald den richtigen Weg!

Nach dem Geschäftsbericht wurden wegen der großen Zahl von Kurzarbeitern die gesetzlichen und tariflichen Ansprüche des Kurzarbeiter behandelt.

Zu der demnächstigen Kündigung unseres Manteltarifs wurden eine Reihe von Abänderungsvorschlägen besprochen. Die Verwirklichung der aufgestellten Forderungen bedarf es einer weiteren Sammlung der noch abseits Stehenden.

Nachdem noch auf die vielen bevorstehenden Verbandsveranstaltungen hingewiesen war, wurde zum Schluß die Wahl der Delegierten zum Betriebsratkongress in Frankfurt a. M. vorgenommen. Einstimmig wurde der Kollege Heinrich Beyer, Dahlhausen, Betriebsratsvorsitzender bei der Firma Schürmann und Schröder in Vogelsmühle, gewählt.

Eine außerordentlich rege Aussprache schloß sich allen Angelegenheiten an. Mit einem Wort des Dankes an alle Mitarbeiter wurde die schon verlaufene Konferenz geschloffen. Mögen die viel geäußerten Hoffnungen und Wünsche bald Wirklichkeit werden.

Besondere Bekanntmachung

An unsere Ortsgruppenvorstände.

Das zweite Quartal schloß mit dem 30. Juni. Die Ortsgruppenvorstände werden dringend gebeten, die Abrechnung bis spätestens zum 15. Juli an die Zentrale einzufenden. Das Ergebnis des zweiten Quartals benötigen wir zu wichtigen, im Verbandsinteresse liegenden Feststellungen. Die Einfindung der Abrechnung bis zum 15. Juli ist dazu notwendig.

Unsere Sekretariatsleiter bitten wir, dafür Sorge zu tragen, daß die Abrechnungen ihrer Ortsgruppen bis zum 15. Juli an die Zentrale eingesandt sind.

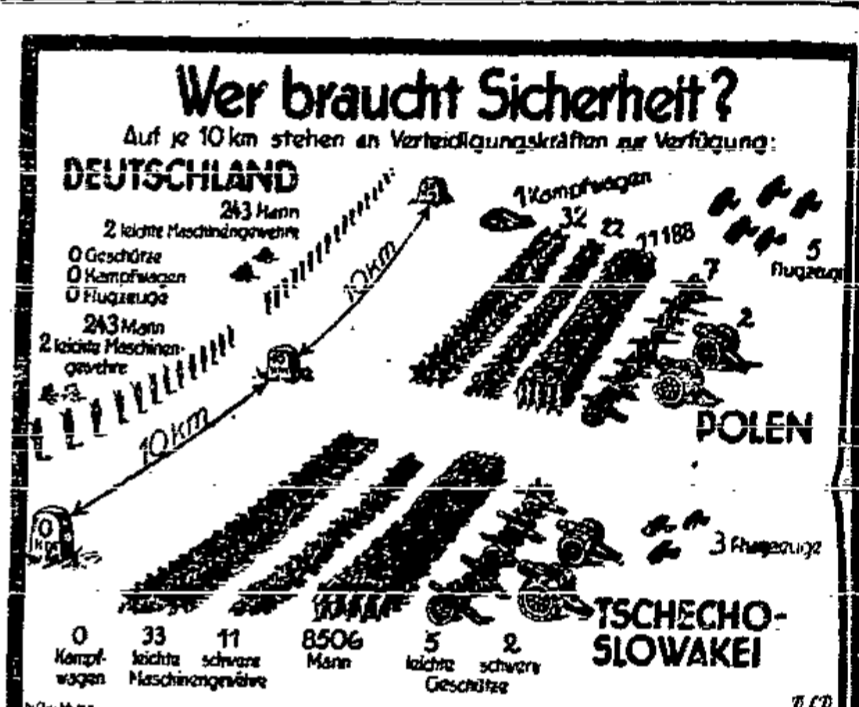
Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand.



Wer braucht Sicherheit?

Die Länge der deutschen Grenzen im Westen beträgt gegenüber Frankreich einschließlich Luxemburg und Saargebiet 612,4 Km., gegenüber Belgien 155,3 Km. Dort haben Frankreich mit einem Heer, das einschließlich der Reserve gegenwärtig 4 233 000 Mann stark ist und Belgien mit einem Heer von rund 600 000 Mann schwer bewaffnet mit Geschützen, Maschinengewehren, Kampfwagen und Flugzeugen dem entwaffneten Deutschland gegenüber.



Wer braucht Sicherheit?

Im Osten beträgt die Länge der deutschen Grenzen gegenüber Polen 1809,8 Km., gegenüber der Tschechoslowakei 1528,2 Km. Das polnische Heer ist einschließlich der Reserve gegenwärtig mehr als zwei Millionen Mann, das tschechoslowakische Heer rund 1 300 000 Mann stark. Die einzigen schweren Geschütze, die Deutschland besitzt, befinden sich in Königsberg und sind eingebaut.

Allgemeine Rundschau

Erster Internationaler Kongreß katholischer Arbeitervereine.

Das Internationale Komitee katholischer Arbeitervereine hat die Abhaltung eines Internationalen Kongresses katholischer Arbeitervereine vom 13. bis 15. Juli 1928 in Köln beschloffen. Der Kongreß wird voraussichtlich außer von Deutschland von England, Frankreich, Holland, Belgien, Luxemburg, Schweiz, Dänemark, Tschechoslowakei, Polen und Danzig besucht werden. U. a. werden der belgische Arbeitsminister Heymann (Brüssel), Senator Küttin (Brüssel), das Mitglied der 2. Kammer Henri Hermans (Haag), Zentralpräsident des Gesamtverbandes christlich-sozialer Organisationen der Schweiz Kanonikus Dr. Scheiniger (St. Gallen), Kantonsrat Bernhard Widmer (Zürich), Nationalrat Dr. Duff (St. Gallen), Nationalrat Ranschak (Wien), Nationalrat Dr. Koll (Tirol) und viele andere führende Persönlichkeiten und Freunde der katholischen Arbeiterbewegung des Auslandes neben bekannten deutschen Arbeiterführern an dem Kongreß teilnehmen. Die Tagesordnung des Kongresses sieht als ersten Verhandlungsgegenstand einen Bericht des Sekretärs der katholischen Arbeiterorganisationen der Niederlande J. Kaenen (Geerlen) über das „Wesen der Standesvereine und Notwendigkeit der Internationale“ vor. Ueber „Bedeutung des Lohnarbeiters in der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Lichte katholischer Weltanschauung“ sprechen Pater Dr. Verquy (Löwen) und Landtagsabgeordneter Bernhard Lettichaus (Münster). Eine Darlegung des „Programms der Internationale und Bericht über den Sitzungsentwurf der Internationale“ gibt Sekretär Seegers (Brüssel). In einer großen öffentlichen Kundgebung am Sonntag, den 15. Juli, im Gürzenich sprechen u. a. Arbeitsminister Heyman (Brüssel), Mitglied der 2. holländischen Kammer Henri Hermans. Die Festrede „Wort und Bollen der katholischen Arbeiterbewegung“ hält Dr. Sonnenschein (Berlin).

Berufsschule und ungelernete Arbeiter.

Eines der Argumente, das die Anhänger der Fortbildungsschule als Fortbildungs- oder Wiederholungsschule gegen die sich um den Beruf gruppierende Berufsschule ins Feld führen, sind die „ungelehrten“ Arbeiter, die ja überhaupt keinen Beruf hätten. Zunächst sollte man jetzt endlich mit dem Vorurteil aufräumen, als sei der ungelernete Arbeiter ein berufslosler Arbeiter. Auch er hat seine Berufung innerhalb der Gemeinschaft, dem Beruf aller ehrlich schaffenden Menschen, nämlich seine Arbeit. Die muß die Berufsschule ihm näherbringen und verinnerlichen, indem sie die Bedeutung für und in der Volkswirtschaft herausstellt. Sodann wird sehr oft der jugendliche Arbeiter viel mehr noch als der Lehrling in diesem Alter eckeläckerlichen Widerwillen gegen den rein theoretischen Unterricht haben. Und darauf muß es dem Erzieher doch vor allen

Bücher und Schriften

Neubaupolitik und Wohnungsnot. Von Stadtrat Dr. Ernst Fischer. Vom deutschen Boden und Wohnen. Grundriß des Bodens, Bau- und Wohnungswesens. Dritter Teil. Verlag Aus- und Fortbildung G. m. b. H., Dresden. Die der Schrift gefakte Aufgabe ist die Förderung einer fundierten gemeindlichen Baupolitik. Es werden dafür zahlreich praktische Anregungen gegeben.

† Sterbetafel. †

Lina Hüber, Buchau, 18 J. — Johannes Hansen, Hüls, 19 J. — Maria Hermannspann, Reiviges, 24 J. — Heinrich Koch, Sassenburg, 70 J. — Hubert Herz, Aachen, 60 J. — Ida Seeger, Menden, 52 J. — Josef Hofmann, Fulda, 55 J. — Wilhelm Seelmann, Köln-Mülheim, 71 J. — Wilhelm Düppers, Lobberich, 35 J. — Engelbert Rippers, Lobberich, 72 J. — Franz Reuter, Dohtrup, 25 J. — Willi Homölle, Dohtrup, 20 J. — Gust. Hermann, Bogt, Großschönau, 71 J. — Josef Haller, Ag, 73 J. — Wilhelm Thoma, Schönau, 24 J. — Gustav Gräterich, Barmen, 65 J. Ruhest in Frieden!

Inhaltsverzeichnis

An die christlich-organisierte Textilarbeiterjugend. — Artikel: Zum Verbandsjugendtag. — Textilarbeiterhandwerk und Textilarbeiterkultur. — Uebertriebener Pessimismus. — Berufskämpfe der Arbeiterbewegung. — Aufgaben dieses neuen Reichstages. — Die badische Landesynode und die arbeitende Jugend. — Die Gesundheit unserer berufstätigen Jugend. — Ein selten schönes Verbandstreffen. — Allgemeine Rundschau: Erster Internationaler Kongreß katholischer Arbeitervereine. — Berufsschule und ungelernete Arbeiter. — Genossenschaftliches: Der Abwehrkampf der Konsumgenossenschaften. — Berichte aus den Ortsgruppen Lennepe. — Besondere Bekanntmachung. — Bücher und Schriften. — Sterbetafel. — Inserat.

Für die Redaktion verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf, Florastraße 7.

Jeder kann sofort Gitarre und Laute spielen mit „Spielapparat“ U. P. P. Preis Mk. 5.— Vorübungen u. Notenkenntnisse nicht erforderlich. Zeitrauber und Kostspieliger Unterricht wird gespart. Erstklassige Gutachten von Musikdirektoren etc. Gute Gitarre mit Spielapparat komplett M. 38.— Gottfried Strödel, Reichenbach in Vogtl.